

## Einwohnerveredelung: Aus 1 mach 4,36

**„1 = 1“, das ist ein unverrückbarer Grundsatz in der Mathematik. Wenn es um die Einwohnerzahl von Städten und Gemeinden geht, ist „1“ noch lange nicht „1“, wie Wolfgang Wentsch am Beispiel Bonn beweist.**

Es klingt verrückt: Wenn im Düsseldorf Finanzministerium die Gelder errechnet werden, die Bonn jährlich vom Land bekommt, dann wächst die Einwohnerzahl der Bundesstadt von 301 048 auf 473 979 Einwohner – eine Folge u. a. der so genannten „Einwohnerveredelung“. Besonders viele Einwohner bei diesem Rechenvorgang zu erreichen, ist vor allem für Stadtkämmerer Ludger Sander von großer Bedeutung. Denn neben der Finanzkraft der Stadt Bonn, die sich aus den großen Steuereinnahmen errechnet (Grund- und Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommenssteuer sowie dem Anteil aus der Mehrwertsteuer), ist für die Höhe der Landeszuweisungen die Zahl der Einwohner von großer Bedeutung.

### Ziel: Ausgleich

Bei der Berechnung wird allerdings nicht nur die im Einwohnermeldeamt registrierte Zahl zugrunde gelegt, sie wird vielmehr neu berechnet, wobei Einwohner nicht gleich Einwohner ist. Besonders „edel“ und damit positiv für die Höhe der Landeszuweisung sind im kommunalen Finanzausgleich Sonderschüler, die zusätzlich mit dem Faktor 3,36 am stärksten gewichtet werden. Konkret: Jeder Sonderschüler zählt nicht nur als eine Person, sondern zusätzlich als 3,36 Einwohner – macht 4,36. Pro Gesamtschüler werden immerhin zusätzlich 1,56 draufgerechnet, während Grundschüler statistisch weniger als zwei Einwohner ergeben: Jedes I-Dötzchen ist zusätzlich nur 0,95 Einwohner wert.

Durch diesen Berechnungsmodus sollen die finanziellen Belastungen je nach Schultyp ausgeglichen werden, aber auch die Tatsache, dass

eine Stadt wie Bonn Schüler der Nachbargemeinden aufnimmt und für sie die Fahrtkosten bezahlt.

Völlig unter den Tisch fallen übrigens Einwohner, die nur mit Zweitwohnsitz gemeldet sind. Und da ist Bonn besonders gekniffen, weil hier mehr als 20000 Zweitwohnsitzler leben – vor allem Studenten (vgl. auch Glossar S.14).

Außerdem: Bis zum Jahr 2004 werden dem Kämmerer im Finanzausgleich in vier Schritten statistisch die „A- und D-Einwohner“ gestrichen. Am Ende fehlen ihm rund 8 Millionen Euro pro Jahr. A-Einwohner, damit sind 70 „außerhalb der Kaserne lebende alliierte Streitkräfte und deren Angehörige“ gemeint – also die früher in der amerikanischen Siedlung in Bonn lebenden US-Bürger. Noch schwerer wiegen die 12200 „Diplomaten, ausländischen Konsulatsangehörigen und deren Angehörige“ – die so genannten D-Einwohner. Ob sie tatsächlich alle inzwischen in Berlin sind, weiß niemand, weil Diplomaten sich nicht beim Einwohnermeldeamt registrieren lassen müssen. Ihre Zahl wurde in der Vergangenheit vom Auswärtigen Amt ermittelt.

### Mehr Einnahmen

Neben diesen Hiobsbotschaften kann Kämmerer Sander wenigstens in einem Punkt zufrieden sein: Als im vergangenen Jahr die Höchstbeträge für die Errechnung des Gemeindeanteils an der Lohn- und Einkommensteuer erhöht wurden, legte Bonn als einzige nordrhein-westfälische Großstadt bei den Einnahmen zu. Die Gemeinden erhalten 15 Prozent des Steueraufkommens ihrer Erstwohnsitzbürger, aber nur von den Steuern, die Alleinstehende bei einem zu versteuernden

### Einwohnerveredelung

So kommt Bonn auf fast eine halbe Million Einwohner: Bei der Berechnung der Landeszuschüsse (Schlüsselzuweisungen) wird zunächst die Einwohnerzahl von rund 301 000 mit dem Faktor 1,27 für Städte dieser Größenordnung multipliziert – ein Ausgleich für höhere Belastungen der Großstädte gegenüber kleineren Gemeinden. Hinzu kommen zusätzlich 38916 Schüler, Ergebnis der unterschiedlichen Gewichtung ihrer Zahl je nach Schultyp.

Beispiel: Ein Sonderschüler ergibt plus 3,36 Einwohner, der Schüler eines Berufskollegs nur plus 0,58 Einwohner. 21857 statistische Einwohner gewinnt Bonn durch den Zentralitätsansatz, durch den Leistungen, die Städte auch für die Nachbargemeinden erbringen (zum Beispiel Freizeit- und Kultureinrichtungen), ausgeglichen werden sollen. Maßstab ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, allerdings wird nur ein Sechstel von ihnen dabei eingerechnet. Zum Ärger von Bonns Kämmerer Sander werden Beamte nicht berücksichtigt. Schließlich kommen nochmals 28166 Einwohner fiktiv dazu, deren Berechnungsgrundlage die Soziallasten sind (Zahl der Arbeitslosen, unterschiedlich gewichtet je nach Dauer der Arbeitslosigkeit). wh

Einkommen bis rund 25000 Euro zahlen müssen (bis 1999: 40000 Mark), zusammenveranlagte Ehegatten bis zu rund 50000 Euro (davor: 80000 Mark). Der Grund für Bonns Sonderrolle, so Sander: „Bei uns leben noch viele Gutverdienende in der Stadt und nicht allein im Speckgürtel um die Stadt herum.“ Allerdings: Zehn Millionäre mehr in Bonn bringen auch nicht mehr Geld in die Stadtkasse als zehn Universitätsprofessoren – zumindest, was den Finanzausgleich angeht.